



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

lichen Scandinavisten in Schweden. Diese hat ihren Mittelpunkt im nordischen Nationalverein, welcher — und das bezeichnet besser als etwas den Grad von Reife, welchen der nordische Einheitsgedanke in diesem wichtigsten, ja allein entscheidenden Lande bisher gewonnen hat — seit Jahr und Tag nichts Anderes treibt als die Gründung von Bauerhochschulen nach dänischem Muster. Von dem politischen Nutzen dieser echt modernen, Patriotismus und öffentlichen Geist in dem ausschlaggebenden Stande erweckenden Bildungsanstalten läßt sich nicht leicht hoch genug denken. Auch ist man damit sehr rüstig am Werke; im Januar 1868 hielt der Redacteur von *Aftonbladet*, Mag. Sohlman, in Stockholm den ersten dazu anregenden Vortrag, und im Herbst wurden schon drei schwedische Bauerhochschulen eröffnet. Der Anstoß ist selbst nach Norwegen und nach Finnland hinübergedrungen. Aber für den Zweck des Nordischen Nationalvereins, die staatliche Vereinigung der drei (oder vier) nordischen Länder ist dies doch ein sehr entferntes Mittel. Es heißt nur erst das Erz schärfen, aus welchem später Waffen geschmiedet werden sollen. Mit der ungeduldigen Kriegssehnsucht des Grafen Henning Hamilton hat diese Propaganda jedenfalls nichts gemein. Das ist aber noch nicht einmal der „schwedische Materialismus“, über welchen in Kopenhagen und unter den Dänen Nordschleswigs so mancher Stoßseufzer gen Himmel steigt — jener von den Eisenbahnlinien aus verbreitete, durch die Locomotive rings im Lande verstreute Trieb, die Hülfquellen Schwedens reicher fließen zu machen und jede Art von Capital anzuhäufen. Diese in allen Ständen herrschende Stimmung, welcher der Ehrgeiz der Politiker, selbst der des gekrönten Hauptes derselben wohl oder übel Rechnung tragen muß, gibt der anti-deutschen Leidenschaft von 1864 Zeit, sich abzukühlen, und läßt die Möglichkeit offen, daß eine geschickte, wohl vertretene deutsche Ostseepolitik die Erinnerung an den großen Gustav Adolf praktisch wiederbelebe.

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 28. April.

So lange Deutschland im Rath der europäischen Großmächte nicht mitzählte und von Franzosen, Russen und Engländern nur in Rechnung gezogen wurde, wenn es ausgebeutet werden sollte, hatten wir ein Recht, über unseren inneren Angelegenheiten, kleinen und großen, den politischen Makrokosmos zu vergessen. Der April 1869 wäre uns damals nur der Monat gewesen,

in welchen eine Debatte über die Erweiterung des Bundeskanzleramts zu einem Ministerium fiel und über den Gedanken und Möglichkeiten, die sich an dieses parlamentarische Ereigniß knüpfen, hätten wir vergessen dürfen, was sonst um uns herum geschah. Unser Dreinreden wäre doch unbeachtet verhallt.

Heute steht die Sache anders, denn unser Einfluß in der großen Welt, der von unseren Wünschen und Idealen unabhängigen Realität, ist ein anderer geworden. — Aus der Zahl der internationalen Angelegenheiten, welche in den letzten vier Wochen zur Verhandlung kamen, tritt uns eine entgegen, deren wirkliche Bedeutung sich zwar noch nicht feststellen läßt, die im Auge zu behalten wir aber allen Grund haben: die belgisch-französische Eisenbahnangelegenheit, welche in ein Stadium getreten ist, das die Verkehrtheit der Zustände und Anschauungen an unserer Westgrenze deutlich illustriert.

Worum handelt es sich in diesem französisch-belgischen Eisenbahnhandel, der alle Augenblicke Miene macht, zur internationalen Frage zu werden, obgleich er im Grunde nicht einmal das ist, was man eine „Frage“ nennt? Die mit der kaiserlichen Regierung ziemlich eng zusammenhängende Gesellschaft der französischen Ostbahn (Compagnie française de l'Est) fühlte schon seit lange das Bedürfniß, sich auszudehnen und ihre Neze durch innere wie auswärtige Maschen zu bereichern. Sie begann damit, im Frühjahr 1868 die Luxemburger Wilhelmsbahn zu erwerben, welche sich durch das Gebiet jenes sehnsüchtig begehrten Großherzogthums zieht, dessen Verkauf dem Könige von Holland vor zwei Jahren untersagt wurde; diese Bahn mündet auf belgisches Gebiet aus, da sie bis vor die Thore von Spaa führt. Da diesem Geschäft weder von belgischer noch von niederländisch-luxemburgischer Seite Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden waren, so glaubten die französischen Actionaire, auf dem Wege weiterer Erwerbungen im Auslande vorzuschreiten zu können, ein Gedanke, der, wie wir annehmen müssen, außerhalb der Gesellschaft, vielleicht in der Nähe des Tuilerienhofes zuerst entsprungen war, denn der Zusammenhang der Compagnie mit den Pariser Machthabern wird von diesen selbst nicht im Ernst geleugnet. Schon sechs Monate nach dem Ankauf der Wilhelmsbahn wurde der belgischen Gesellschaft des Grand-Luxembourg (Linie Arlon-Brüssel) der Vorschlag gemacht, ihr Eigenthum gleichfalls in französische Hände übergehen zu lassen. Obgleich ein früherer Minister Leopolds I. und bekannter belgischer Politiker, Victor Tesch, an der Spitze des Grand-Luxembourg steht, fand der von vortheilhaften Bedingungen begleitete Vorschlag bei den Brüsseler Actionairen Beifall, und vielleicht wäre auch dieses Geschäft in aller Stille abgemacht worden, wenn die französische Begehrlichkeit sich mit demselben begnügt und nicht gleichzeitig einen zweiten Schritt gethan hätte, der die Aufmerksamkeit des Herrn

Frère-Orban erregen mußte. Der belgischen Regierung wurde die Anfrage vorgelegt, der Ostcompagnie werde doch wohl gestattet sein, eine directe Verbindung von Spaan an die Lüttich-Limburger Linie herzustellen, deren Direction nicht abgeneigt sei, gleichfalls über einen Verkauf zu verhandeln. Es war von den Franzosen darauf abgesehen, einst auf eigenen Schienen bis an das Weichbild von Brüssel zu fahren und ein Netz über Belgien hinweg bis an die großen holländischen Häfen zu spannen.

Daß über diesen Plan in Brüssel anders geurtheilt wurde wie in Paris, versteht sich von selbst. Die erbetene Concession zur Herstellung der neuen Verbindung von Spaan (das durch die Wilhelmsbahn bereits zu einem Theil des französischen Netzes geworden war) an die Linie Limburg-Lüttich wurde sofort verweigert und zugleich eine Maßregel ergriffen, welche die bereits gesponnenen Fäden des Vertrags über die Arlon-Brüsseler Bahn zerschneiden und ähnlichen Zumuthungen ein für alle Mal eine Grenze setzen sollte. An demselben Tage, an welchem Graf Bismarck in Veranlassung der Sequestrationsangelegenheit seine bekannte Rede über Preußens auswärtige Beziehungen und seine Stellung zu Frankreich hielt, votirte das belgische Abgeordnetenhaus ein Gesetz, welches der Regierung das (übrigens selbstverständliche) Recht zusprach, den Verkauf belgischer Bahnen an ausländische Gesellschaften zu genehmigen oder nicht zu genehmigen, widerspenstige Bahnen (chemins de fer récalcitrans) zu sequestriren und die betreffenden Ansprüche durch die Gerichte entscheiden zu lassen.

Das formelle Recht der Factoren belgischer Gesetzgebung steht so vollständig außer Frage, daß Niemand auch nur den Versuch gemacht hat, dasselbe zu bestreiten. Nichtsdestoweniger erhob die officöse Presse des zweiten Kaiserreichs, sobald der belgische Kammerbeschluß bekannt wurde, ein Geschrei, als sei die Ehre der französischen Nation ins Herz getroffen. Daß die liberalen Blätter energisch widersprachen, daß die inspirirte Presse einen ziemlich schlecht gedeckten Rückzug antreten mußte und die Organe Deutschlands, Englands und der gesammten civilisirten Welt für das unzweideutige Recht Belgiens eintraten — das Alles datirt um Wochen zurück und braucht nicht genauer ausgeführt zu werden. In das Stadium eines Ereignisses von wirklich politischer Bedeutung ist dieser Handel erst dadurch getreten, daß Belgien sich bestimmen ließ, über denselben mit der französischen Regierung in Verhandlung zu treten. Es war ein leidiger Trost für die Belgier, daß Frankreich vor Beginn der Verhandlungen zusicherte, es werde sich keineswegs bloß um diese Eisenbahnfrage handeln, sondern um einen freundlichen Meinungsaustrausch über die materiellen Verhältnisse und gemeinsamen wirthschaftlichen Interessen beider Staaten überhaupt.

Diese Verhandlungen, um deretwillen Herr Frère-Orban den ganzen abgelaufenen Monat über in Paris gewieilt hat, sind, allen officiösen Versicherungen zum Troß, so gut wie vollständig erfolglos geblieben und es läßt sich schlechterdings nicht absehen, wie eine Verständigung erzielt oder für Frankreich auch nur die Möglichkeit eines ehrenvollen Rückzuges geschaffen werden soll. Herr Rouher, der an den Versuchen zur Auseinandersetzung mit dem belgischen Minister sehr lebhaften Antheil genommen, versichert durch seine Organe immer wieder, von dem Ankauf der Arlon-Brüsseler Linie sei gar nicht mehr die Rede und man stehe darum schon auf dem Punkte, sich zu verständigen. In das Deutsche übersezt, heißt das: Wir verlangen die Leitung des Betriebes der in die belgische Hauptstadt führenden Bahn, und Herr Frère-Orban sagt uns, er könne diese ebenso wenig bewilligen, wie das Eigenthum an jener wichtigen Verkehrslinie. Das äußerste Angebot des Belgiers, welches gestatten wollte, daß französische Waggonen geschlossen und ununtersucht durch ganz Belgien fahren dürften, ist von den Franzosen als ungenügend bezeichnet worden. — Was die Pariser Blätter von einem bevorstehenden Umschlag in Brüssel und von der Bereitwilligkeit der belgischen Ultramontanen zur Zurücknahme des von den Liberalen durchgesetzten Kammerbeschlusses erzählen, gehört bis jetzt in das Reich der Fabel. Alle belgischen Patrioten sind darüber einig, daß die Abtretung ihrer wichtigsten Eisenbahnlinien an eine französische Gesellschaft, hinter der die kaiserliche Regierung steht, mit der Sicherheit des Staats und dem neutralen Charakter desselben unverträglich sei. Die Franzosen dagegen sind durch die unaufhörlichen Zeitungsaphrasen über diesen Gegenstand in den Wahn gewiegt worden, die Ehre der großen Nation sei gefährdet, wenn der kleine Nachbarstaat nicht die gewünschten Zugeständnisse mache, und darum müsse auf diesen bestanden werden. Selbst die liberalen Oppositionsblätter, welche noch vor einigen Wochen voller Unwillen über die Frechheit der säbelklirrenden Hofjournale und fittlich entrüstet waren, haben sich gewöhnt, auf die einzelnen materiellen Fragen und auf Untersuchungen darüber einzugehen, nach welchen Richtungen die noch eben perhorrescirten Ansprüche der Regierung doch eine gewisse Berechtigung haben dürften. Da alle Nachrichten darin übereinstimmen, daß die belgische Regierung bereits an die äußerste Grenze der ihr möglichen Zugeständnisse gegangen sei, dieselbe nicht überschreiten könne und nicht überschreiten werde und da andererseits die Fabel von dem Engagement der französischen Ehre bereits im Munde eines nicht unbedeutenden Theils der Pariser Presse ist, so fragt man vergeblich, wie diese Differenz ohne Störungen gelöst werden soll. In vier, vielleicht schon in drei Wochen stehen die Neuwahlen für den gesetzgebenden Körper bevor; der französischen Regierung muß Alles daran gelegen sein, bis zu diesem wichtigen Zeitpunkte einen

gewissen Abschluß erzielt zu haben. Alles, was in Frankreich seit Wochen geschehen, war mit Berechnung auf diese Wahlen vorgenommen worden; die vielbesprochene Rede des Herrn v. Lavalette ist sicher noch mehr an die französischen Wähleradressen als an deutsche und englische Diplomatenadressen gerichtet gewesen; das in erster Stunde abgegebene Versprechen, nicht nur die alten Soldaten des Kaiserreichs, sondern auch verdiente Lehrer und Beamte mit Pensionen zu bedenken, die Versöhnung zwischen Rouher und dem Seinepräfecten — Alles hat auf die Wahlen Beziehung. Ist da anzunehmen, daß man den Oppositionscandidaten die Gelegenheit bieten wolle, von einem vor der Thür stehenden neuen Fiasco der kaiserlichen Diplomatie zu reden und peinliche Erinnerungen an Nikolsburg, Mexico und Luxemburg heraufzubeschwören? Die eigenthümliche Gestalt, welche die Wahlagitation im zweiten Kaiserreich angenommen hat, muß die Regierung noch zu besonderer Vorsicht in dieser Beziehung zwingen. Während in den übrigen constitutionellen Staaten Europas die Wähler die Initiative ergreifen, aus dem Schooß der Wahlkreise hervorgegangene Comités Candidaten und Programme aufstellen, sind es in Frankreich die Candidaten, welche an der Spitze der Agitationen stehen und, Weinreisenden gleich, die Waare ihrer Programme anpreisen. Gerade wegen der zahlreichen Blößen, welche die liberale Opposition sich gegeben hat, kann nicht fehlen, daß dieselbe ihre Möglichstes thut, um aus den Fehlern der Regierung Capital zu schlagen; machen diese Fehler doch den größten Theil des Credits aus, von dem Politiker wie Thiers, Favre, Simon u. A. leben, und bleibt diesen Leuten doch wenig mehr übrig, als den Wählern zu beweisen, daß die Regierungscandidaten noch weniger taugen, als sie selbst. An sehr vielen Punkten wird der Regierung nichts übrig bleiben, als ihr Heil mit Männern der dynastischen Opposition vom Schlage Olivier's zu versuchen, so wenig diese auch nach dem Herzen der gegenwärtigen Machthaber sein mögen. Sollen diese Männer der tiers-Partei aber etwas ausrichten, so müssen sie beweisen können, daß die Regierung ihre früheren diplomatischen Fehler gut gemacht habe, und das wird schwer halten, so lange die belgische Eisenbahnangelegenheit nicht geordnet ist.

Wenn man in Brüssel entschlossen ist, den eingenommenen Standpunkt nicht mehr zu verlassen, so thut man das in der Rechnung auf die zweifellose Unterstützung der Großmächte, namentlich Englands. — Das britische Cabinet ist im Augenblick mit anderen Dingen so überbeschäftigt, daß es zu der in Rede stehenden Streitfrage noch nicht feste Position genommen hat. Die Entscheidung über die irische Staatskirche harret noch einer dritten Lesung im Unterhause, und der Beurtheilung durch die Lords; obgleich Gladstone bis jetzt aus allen Discussionen über dieselbe als Sieger hervorgegangen ist, bleibt ihm immer noch ein tüchtiges Stück Arbeit übrig, denn der Wider-

stand der im Oberhause vertretenen hohen Geistlichkeit der anglikanischen Kirche ist noch nicht vollständig gebrochen. Auf die große Masse der Bevölkerung haben Love's Budgetersparnisse und Abrüstungsmaßregeln einen entschieden günstigen Eindruck gemacht, aber die Wehrkraft Englands hat durch dieselbe nicht gewonnen und John Bright wird dafür sorgen, daß mit Verminderung der Armee und Flotte wo möglich noch weiter vorgegangen wird. Dabei ist das britische Cabinet bereits anderweitig von diplomatischen Fragen in Anspruch genommen. Der Nachfolger des amerikanischen Gesandten Reverdy-Johnson wird, wie man annimmt, sehr viel weniger Eifer für Beilegung des Alabamastreits mitbringen, als der redselige Tischgenosse des Lordmayors, und am östlichen Horizont tauchen die Gefahren eines Conflicts mit den in Mittelasien unaufhaltsam vorschreitenden Russen auf. Gladstone's Bemerkungen über freundschaftliche Verhandlungen, welche darüber mit dem Petersburger Cabinet angeknüpft seien, sind von der Presse der beiden russischen Hauptstädte sehr ungünstig aufgenommen worden. Läßt sich nach den Aussprüchen der „Mosk. Zeitung“, des „Golos“ und auch der konservativen „Wesstj“ auf die herrschende Stimmung schließen, so ist der Gedanke an Zugeständnisse, welche den englischen Wünschen in Afghanistan gemacht werden sollen, bei allen Parteien gleich unpopulair. Man beruft sich auf Englands feindliches Verhalten in der orientalischen Frage und imputirt außerdem den Vereinbarungen, welche der neue Vicekönig in Ostindien, Lord Mayo, mit Schir-Äly getroffen hat, einen provocatorischen Charakter. Rußland — so heißt es — habe absolut kein Interesse daran, sich zu Gunsten Englands durch politische oder commerzielle Verträge die Hände zu binden oder in die Anstellung gegenseitiger Consularagenten für Indien und Turkestan zu willigen; im Gegentheil müsse Rußland in der Lage bleiben, für den Fall neuer Meinungsverschiedenheiten über die orientalische Frage die Gunst seiner turkestanischen Stellung in die Waagschale werfen zu können. Daß es im Augenblick ruhiger im europäischen Oiten aussieht, bietet nach russischer Anschauung keine Garantie für die Zukunft und die türkischen Regierungsmaßregeln gegen die Sporaden haben in Petersburg ebensowenig einen guten Eindruck machen können, wie das neu erlassene Gesetz, nach welchem keine in der Türkei geborene Person sich durch Anschaffung eines fremden Passes einer anderen Nationalität anschließen darf.

Freilich spielen all' diese Dinge zur Zeit auch in Rußland eine untergeordnete Rolle, da man mit inneren Angelegenheiten vollauf zu thun hat. Die Armee wird mit Hinterladern bewaffnet, in Polen wie in den Ostseeprovinzen stoßen die russificatorischen Maßregeln fortwährend auf Schwierigkeiten, und die Studentenunruhen in der Newaresidenz bieten der Streitlust und den Intriguen der Parteien einen willkommenen Gegenstand. Die Moskauer

Nationalen behaupten, der unruhige Sinn der akademischen Jugend sei wesentlich auf die Umtriebe unzufriedener Polen und Aristokraten zurückzuführen, während die Letzteren aus den vorgefallenen Ruhestörungen Schlüsse auf die Gefährlichkeit demokratischer und panslawistischer Ideen ziehen und auf die Nothwendigkeit eines restrictiven Unterrichtssystems hinweisen. — Unterdessen hat die Thätigkeit der Regierung nicht geäußert. Die verbesserte Gerichtsorganisation ist wiederum auf eine Anzahl neuer Provinzen ausgedehnt worden, der Reichsrath discutirt ein Gesetz über den Verkauf der Staatsbergwerke, der Kriegsminister hat eine unserm Freiwilligeninstitute analoge Einrichtung für die Armee ins Leben gerufen, und außerdem wird an Eisenbahnen und Eisenbahnprojecten rüstig weiter gearbeitet. Die vielbesprochene Kowno-Libauer Eisenbahn ist aus Neue Gegenstand eifriger Zeitungsdebatten geworden; eine preussische Gesellschaft wünscht nämlich die Concession zu der Linie Lyk-Bjalostok-Brest zu erwerben, und ist bereit dieselbe auch ohne Zinsgarantie zu bauen. In Moskau glaubt man in diesem Project zugleich eine strategische Gefahr für das westliche Rußland und einen Versuch zur Werthverminderung des Kowno-Libauer Schienenwegs sehen zu müssen, und aus diesem Grunde wird die Regierung dringend vor den preussischen Anerbietungen gewarnt. Der Zweck der Kowno-Libauer Bahn ist bekanntlich, den polnischen und westrussischen Export in einen russischen Hafen zu leiten, und von Königsberg, wohin derselbe bisher mündete, abzuziehen. Da die Lyker Eisenbahn aber die Verbindung mit Königsberg erleichtern würde, soll dieselbe um jeden Preis verhindert werden, und wird ein Concurrrenzproject zu Gunsten Danzigs von nationaler Seite her nach Kräften unterstützt. Die immer näher rückende Eröffnung des Suezcanals hat nämlich eine Anzahl Danziger Firmen auf die Vortheile aufmerksam gemacht, welches sich aus einer erleichterten Verbindung mit Odeffa, dem Haupthafen des Schwarzen Meeres ziehen ließen; dieselben haben vorgeschlagen, Danzig mit den westrussischen Bahnen (bei Minsk) direct zu verbinden, da diese Bahnen demnächst mit den im Bau begriffenen südrussischen Linien ein Ganzes bilden werden. Wie es heißt, soll die Entscheidung über dieses der Lyker Bahn concurrirrende Project schon in einigen Wochen gefällt werden.

Im westlichen Europa ist die allgemeine Aufmerksamkeit in den letzten Wochen besonders lebhaft mit Italien beschäftigt gewesen. Nicht etwa weil Herr Cambray-Digny des italienische Deficit mit Hülfe des Kirchengüterverkaufs auf ein Viertel seines bisherigen Betrages (statt 388 bloße 75 Millionen) herabzusetzen versprochen, sondern weil Pius IX. sein 50jähriges Priesterjubiläum zum Gegenstande einer großen Schaustellung gemacht hatte. Von allen Ecken und Enden des Welttheils sind die Gläubigen in die ewige Stadt gewallfahrtet, um der Welt zu beweisen, daß der Felsen Petri allen

Zeitstürmen zum Troß noch immer unerschüttert fest dasteht. Die malcontente östreichische Aristokratie, Westphalen, Belgien und Holland haben besonders reichliche Contingente an Wallfahrern gestellt, und wie neulich aus Rom geschrieben wurde, ist der dritte Mensch, der dem Besucher des Kaffeehauses und der Osteria oder dem Spaziergänger auf dem spanischen Platze begegnet, ein Graf aus Münster, ein böhmischer Magnat oder ein belgischer Jesuit, dessen hohle Züge sofort den „Fanatiker aus Reflexion“ erkennen lassen. Diese Secundizfeierlichkeiten, an denen das Ausland sich sehr viel lebhafter theiligt hat, als Italien und selbst Rom, ist von einem kleinen Vorgang begleitet gewesen, der uns wiederum an die italienisch-östreichischen Allianzgerüchte erinnert; auf Antrag des Wiener Botschafters wurde der zufällig anwesende Herzog von Parma aus der Loge, die für die regierenden Fürsten aufgestellt war, verwiesen. Ziemlich gleichzeitig ist der italienische General, der dem Kaiser Franz Joseph die Insignien des Annunciataordens überbracht, in Wien mit Ovationen überhäuft worden und unseren hoffnungsvollen Partikularisten- und Welsenjournalen gilt der Abschluß eines Vertrages zwischen den beiden, 50 Jahre lang verfeindet gewesenen Cabinetten bereits für eine ausgemachte Thatsache. Daß es soweit noch nicht gekommen ist, versteht sich von selbst, und selbst wenn es soweit gekommen wäre, bliebe noch höchst fraglich, was man sich in Florenz unter einem Abkommen mit der Hofburg gedacht hat. Graf Menabrea's Stellung ist nicht dazu angethan, der italienischen Regierung einen auch nur vorläufigen Verzicht auf Rom rathsam zu machen, denn es vergeht kein Monat, in welchem die italienischen Liberalen nicht Wiene machen, das Cabinet vom Herbst 1867 über den Haufen zu werfen. Ohne Frankreichs Mitwissen und Mitwollen wird die italienische Regierung es schwerlich zu dem Entschluß bringen, die erprobte preußische Alliance gegen die Freundschaft Oestreichs auszutauschen, und daß Frankreich jetzt keine Conjunction unterstützen wird, welche den Papst gefährden könnte, versteht sich von selbst. In drei Wochen geht der französische Bauer und Kleinbürger an die Wahlurne, und der Wahlzettel, den er in dieselbe wirft, ist ihm nur allzuhäufig von seinem Beichtvater dictirt worden. — Ueberdies hat Italien mit inneren Schwierigkeiten, namentlich mit der feindlichen Stimmung in Neapel und Sicilien so vollauf zu thun, daß es zu großen diplomatischen Diverfionen weniger Beruf als jemals fühlen dürfte. Sein Credit im Auslande ist so stetig gesunken, daß selbst die liberalen Spanier den Gedanken aufgegeben haben, den jüngern Sohn des Begründers der italienischen Einheit auf ihren erledigten Thron zu rufen und damit ihrer Königsnoth ein Ende zu machen.

Die Lösung der spanischen Thronfrage hat auch in dem letzten Monat keine Fortschritte gemacht; es sei denn, daß man die definitive Weigerung

des königlichen Vaters von Portugal, Dom Ferdinand's von Coburg-Cohary als einen Fortschritt ansehen wollte. Die Schwierigkeit, für den spanischen Thron einen König zu finden, macht mehr und mehr Miene für die Sache des spanischen Königthums präjudicial zu werden. Bis jetzt haben die Arbeiten zur Feststellung der neuen Verfassung den Vorwand dafür geliefert, daß man die Entscheidung über die Throncandidatur aussetzte, aber diese Arbeiten werden nächstens beendet sein, ohne daß die Glieder der Regierung oder die übrigen Monarchisten im Stande gewesen wären, auch nur einen populären Namen neben den des wenig beliebten Herzogs Anton von Montpensier auf ihr Schild zu schreiben. Die Verfassung selbst wird für den Fürsten, der mit ihr regieren soll, übrigens wenig verlockend sein, denn sie ist auf so breite demokratische Basen gestellt, als sei sie für ein politisch reifes Volk, nicht für die verwilderten, ungebildeten oder demoralisirten Spanier bestimmt. Dem erblichen König, den man mit vieler Mühe durchgesetzt hat, soll ein bloß aufschiebendes Veto zur Seite stehen, der Senat seinem Haupttheile nach nicht stabil sein, sondern alle zwölf Jahre neu gewählt werden, das Abgeordnetenhaus alle drei Jahre erneuert werden. Eine ausgedehnte Preß- und Versammlungsfreiheit versteht sich von selbst, dagegen hat man sich nicht entschließen können, den Katholiken mehr als bloße Duldung zuzusichern, oder die Todesstrafe aufzuheben. Der künftige König findet außerdem eine völlig leere Staatscasse und eine neue Staatsschuld im Betrage von 1000 Millionen Realen (viermal so viel, als die Staatseinnahmen im besten Fall betragen) vor; in den spanischen Städten wird er jeden Augenblick Schilderhebungen enttäuschter Republikaner, auf dem flachen Lande Pronunciamentos der Carlisten und Isabellinos zu erwarten haben, und die Hoffnung, Spaniens wichtigste Colonie, die Insel Cuba, dieser Krone erhalten zu sehen, nimmt von Tag zu Tag ab. Der Generalcapitain Dulce hat eben so wenig ausrichten können, als sein Vorgänger Lersundi, und Serrano hat den Cortes selbst eingestehen müssen, daß die Lage der Insel sich in den letzten Wochen wesentlich verschlimmert habe. Die Hoffnungen der cubanischen Insurgenten richten sich immer wieder auf die nordamerikanische Union, und obgleich der neue Präsident Grant nicht der Mann ist, in so offenkundiger Weise wie weiland Herr Buchanan das Völkerrecht zu verletzen, so steht doch fest, daß es in Nordamerika viele und einflußreiche Politiker gibt, welche minder skrupellos sind als das gegenwärtige Staatsoberhaupt. Da Spanien der Forderung des Newyorker Cabinets nachzugeben und die in Havanna gefangen genommenen amerikanischen Bürger freizulassen Willens scheint, so sind die Beziehungen der Regierung von Madrid zu der mächtigen Republik des Westens bis jetzt übrigens ungetrübt geblieben.

In den beiden Staaten des südöstlichen Europa, welche zu dem Suchen

nach willfähigen Fürsten in der Neuzeit zuerst das Beispiel gegeben haben, in Griechenland und Rumänien, hat die Sache der Ordnung und Ruhe auch in dem abgelaufenen Monat keine Fortschritte gemacht. Parteikämpfe und Bürgerkriege bleiben bei ihnen trotz der glücklich gefundenen Fürsten ebenso üblich wie in dem königlosen Spanien. — Das Friedens- und Bildungsprogramm, über welches sich eine Anzahl athenischer Wahlmänner vor Kurzem geeinigt hat, wird noch lange zu warten haben, ehe es in weiteren Kreisen Unterstützung findet. In der griechischen Politik spielt ein Programm, welches Reorganisation des Schulwesens, Anlegung neuer Straßen, Stabilität der Beamten und Sparsamkeit im Staatshaushalt auf seine Fahne schreibt, zunächst die Rolle eines Curiosums, denn für diese Dinge haben hellenische Liberale und Conservative, Großgriechen und Föderativrepublikaner gleich wenig Sinn und Verständnis. Daß dasselbe Programm die Errichtung einer Flotte und ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz verlangt, geschieht offenbar, weil die Führer der neuen Partei eines populären Advers bedürfen, um auf die Masse zu wirken. Da die neue Kammer schon in drei Wochen gewählt werden soll, hat dieser erste Versuch in vernünftiger Weise auf Förderung der materiellen Interessen und Beschaffung der ersten Bedingungen wirklicher Cultur hinzuarbeiten, noch wenig Aussicht auf große moralische Eroberungen unter den Hellenen. Wie schwer es hält, die Völker des slavischen Südostens in die Bahn wirklicher Gesittung zu führen, das hat auch die rumänische Regierung in letzter Zeit wieder deutlich erfahren. Die Neuwahlen zur Kammer, auf welche auch außerhalb Rumäniens so große Hoffnungen gesetzt wurden, sind allerdings wesentlich im Sinn der Regierung und einer friedlichen Politik ausgefallen, aber die Partei Bratiano's hat so erfolgreich an die Sympathien des „Volkes hinter den Wählern“ appellirt, daß an verschiedenen Orten, u. A. auch in der Hauptstadt Bucharest, wiederholte und ernste Unruhestörungen vorgekommen sind, und der Gehorsam gegen das Gesetz in einzelnen Städten nur mit Hilfe der Waffen erzwungen werden konnte. Bratiano's großrumänische Phantasien gelten dem rumänischen Normalpolitiker immer noch für den einzigen vollgültigen Ausdruck des Patriotismus und einer wahrhaft nationalen Gesinnung. Der Einfluß dieses unruhigen Mannes ist so groß, daß er den Verdiensten, welche Fürst Karl sich um das Land erworben, reichlich die Waage hält und daß immer wieder vergessen wird, daß Bratiano es war, der — gerade wie Herr Bulgariis in Athen — dem Moldau-Wallachischen Staat im Westen wie im Süden die gefährlichsten Feinde bereitete, ohne irgend wirksame Schutzmittel gegen dieselben in Händen zu haben. — In den ersten Apriltagen hat die Bucharester Regierung sich seitens der Pforte ein neues Pfand ihrer Selbständigkeit auszuwirken gewußt, die Anerkennung des Münzrechts. Dagegen hat Fürst Karl vorläufig auf

die Befugniß, diplomatische Vertreter seines Staates an auswärtige Höfe zu senden verzichtet; damit ist natürlich nur dem Recht zur Anstellung regelmäßiger Gesandten entsagt, die Absendung von Missionen zu besonderen Zwecken hat den Hospodaren schon früher zugestanden und ist praktisch sehr häufig ausgeübt worden.

Die Veränderungen, welche sich im Lauf des April bei Rumäniens nächsten Nachbarn, den Ungarn, vollzogen haben, werden den Staatsmännern in Jassy und Bucharest übrigens besondere Vorsicht und Enthaltensamkeit zur Pflicht machen. Jene Pester Linke, welche von jeher die mißtrauischeste Gegnerin aller südslavischen Völker, die stolzeste Vertreterin der magyarischen Hegemonie an der unteren Donau war, hat bei den Neuwahlen zum Landtage eine lange Reihe glänzender Erfolge davongetragen. Schon der gemessene, fast besorgliche Ton der Thronrede, mit welcher der Kaiser und König Franz Joseph die neu gewählte ungarische Ständeversammlung eröffnete, weist darauf hin, daß die Tage der Ulgewalt Deak's gezählt sind und daß die von diesem Staatsmanne begründete Partei mehr verloren hat, als den „Embonpoint“, welchen Graf Andrassy so leicht verschmerzen zu können meinte. Nicht nur, daß es der Partei, welche ziemlich offen Losreißung von Oestreich predigt, gelungen ist, eine Anzahl der wichtigsten Wahlkreise zu erobern — diese Partei hat so geschickt zu operiren gewußt, daß die Deakisten viele ihrer tüchtigsten Glieder durchfallen sahen und daß die ministerielle Fraction qualitativ noch mehr verloren hat, als quantitativ. Auch die äußerste Linke, welche den großen Grundbesitz sprengen und Uckervertheilungen herbeiführen möchte, hat sich verstärkt. — Der Erfolg muß lehren, ob und in wie weit ein ferneres Zusammengehen der beiden zweispältigen Hälften des östreichisch-ungarischen Reichs noch möglich sein wird. So schlecht Deakisten und liberale Deutschöstreicher sich auch bis jetzt vertragen haben, durch das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des Dualismus hängen sie doch so eng mit einander zusammen, daß jeder Verlust der Einen als Schaden für die Anderen angesehen werden muß. In diesem Sinne ist der Ausfall der ungarischen Wahlen von der böhmischen Nationalpartei und den übrigen Föderalisten als ein hochwillkommenes Ereigniß und als Vorbote eines immer nothwendiger werdenden Systemwechsels begrüßt worden. Man rechnet darauf, die gegen die Ungarn unmutig gewordene Regierung mit den vereinigten Kräften der galizischen Polen, der Böhmen, Slowenen, Tiroler und Klerikalen ohne große Anstrengung zu Concessionen bringen zu können. Wenn bis jetzt weder Graf Beust, noch die cisleithanischen Minister nachgegeben haben, so werden sie das (nach Meinung der Föderalisten) in Zukunft mit desto ausgedehnteren Concessionen bezahlen müssen. Bis jetzt ist die Regierung fest geblieben und die endlich erfolgte Ernennung des Grafen

Laaffe zum definitiven Ministerpräsidenten scheint darauf berechnet, den wankenden Muth der Anhänger zu heben, die Gegner in ihre Schranken zu verweisen. — Aber selbst in Wien bleibt die Stimmung flau und argwöhnisch, und die Leute versuchen, ihr Mißtrauen gegen die Dauerbarkeit der Verhältnisse durch waghalsige Bankspeculationen zu übertäuben. Gegen die Renitenz und Feindschaft der Klerikalen wagt man noch immer nicht energisch vorzugehen, obwol man aus langjähriger Erfahrung weiß, daß Nachgiebigkeit und Versöhnlichkeit hier am übelsten angebracht sind. Aber der Einfluß der Bürgerminister hat an den Sympathien und Traditionen der Hofburg seine sehr bestimmte Grenze und diese ist mit Bestätigung der gegen das Concordat gerichteten Gesetze längst erreicht. — Während die officiöse Presse sich noch in Freudenbezeugungen darüber erging, daß die Anträge des galizischen Landtags in den Ausschußberathungen des Reichsraths zu Fall gekommen, haben die Parteien der Opposition an der Debatte über das Schulgesetz zu einer feindlichen Demonstration Veranlassung genommen, welche in Bezug auf Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Kaum war der erste Paragraph jenes Gesetzes verlesen, so erhob Pater Greuter sich zu einer fulminanten Rede gegen die „confessionslose“ Schule, und als diese erfolglos blieb, verließen die klerikalen Tiroler unter Führung Giovanelli's, von den Polen und Slowenen begleitet, nach feierlichem Protest den Sitzungssaal. Der Eindruck dieser Scene mußte um so größer sein, als zwei Tage zuvor bekannt geworden war, daß die Minister es nicht für rathsam gehalten, dem Ausschußgutachten für Vornahme directer Wahlen in jenen Ländern, deren Landtage in dem Reichsrath unvertreten sind, zuzustimmen. Diese Zögerung ist um so bemerkenswerther, als selbst die Polen dem Ausschußgutachten beigetreten waren. Wahrscheinlich hat man sich gescheut, der nationalböhmischen Partei einen neuen Fehdehandschuh hinzuwerfen. Dieselben Zeitungsblätter, welche diese bedeutungsvollen Nachrichten brachten, enthielten ein Telegramm, welches für die Lage in Ungarn höchst charakteristisch ist: an einem und demselben Tage hatte die Linke darauf angetragen, die Minister wegen Beeinflussung der Wahlen in Anklagezustand zu versetzen, Kossuth zur Einnahme seines Sitzes im Ständesaal einzuladen und Klapka, den Excommandanten von Komorn, als Landesvertheidigungsminister aufzustellen — Beweis genug dafür, daß die Opposition sich zu fühlen beginnt.

Während Oestreich auf diese Weise durch den Hader feindseliger Nationalitäten und unsühnbarer Gegensätze hin- und hergerissen wird, hat sein erster Staatsmann Zeit und Unternehmungslust genug übrig gehabt, um seine gewohnten kleinen Ränke gegen Preußen fortzuspinnen. Nicht nur, daß der vierte Band des österreichischen Generalstabswerkes über den Krieg von 1866 den Wortlaut preussischer Depeschen (die mit der Sache selbst nichts

zu thun haben) entstellt, um in Paris und Florenz böses Blut gegen das Berliner Cabinet zu machen, die officiöse Presse der österreichischen Hauptstadt nimmt an diesem militairischen Werk plötzliche Veranlassung, die Gültigkeit unserer Schutz- und Truxbündnisse mit den süddeutschen Staaten ganz direct in Frage zu stellen. Der wiederherorgeholte Satz der k. k. Regierung „Streng genommen sind diese Bündnisse durch den Prager Frieden ungültig geworden“ hat der „Neuen freien Presse“ und deren Genossen zu einer Anzahl Schmähartikel Veranlassung gegeben, welche übrigens ebenso gegen Bayern wie gegen Preußen gerichtet sind. Was man mit den Angriffen und Recriminationen gegen das Berliner Cabinet beabsichtigt, bedarf nicht erst der Erklärung. Wird doch seit Jahr und Tag jede Gelegenheit in Wien dazu benützt, den Ausdruck zu illustriren, mit welchem Graf Beust seinen Eintritt in den österreichischen Staatsdienst begleitete, die famose Versicherung, daß er von keinerlei Rachegeanken gegen Preußen erfüllt sei. Zweifelhafter könnte sein, was mit den Ausfällen gegen Bayern und andere süddeutsche Staaten gewollt wird. Die Wiederbelebung erstorbener Sympathien mit Schmähungen fertig zu bringen, wird man doch schwerlich unternommen haben. Oder hat man in Wien die stolzen Hoffnungen auf Herstellung eines Südbundes unter österreichischem Protectorate so vollständig begraben, daß man sich bereits von jeder Rücksicht auf den ehemaligen Bundesgenossen losgelöst fühlt? Zu den Gewohnheiten der Hofburg und der anspruchsvollen Feinheit ihrer Diplomaten hatte sonst nicht gehört, den Aerger über zu Wasser gewordene Hoffnungen und Pläne so anstandslos vor aller Welt auszuposaunen. — Es wird von Interesse sein, die Antworten der so empfindlichen Süddeutschen auf diese Herausforderung zu vernehmen; die Beobachter-Partei wird es schwer haben, den süddeutschen Regierungen auch dieses Mal alle Zweifel an der unveränderlichen Freundschaft des k. k. Staatskanzlers auszureden.

Von allem Uebrigen abgesehen, muß beispiellos genannt werden, daß diese publicistische Feldzüge mit Waffen geführt werden, in deren Besitz man auf widerrechtliche Weise gelangt ist. Solche Waffen öffentlich anzulegen, ist nur möglich, wenn man mit dem Gefühl für Recht und Unrecht zugleich den Anspruch aufgegeben hat, die Formen der Schicklichkeit zu beobachten, welche in der diplomatischen Welt gelten und auf deren mustergültige Handhabung man sich sonst in Wien besonders viel einzubilden pflegte. Der alte Metternich, vielleicht auch Felix Schwarzenberg würden sich im Grabe umdrehen, wenn bis zu ihnen die Kunde dränge, ein k. k. Staatskanzler habe die Hofburg dem Vorwurf plebejen Handelns ausgesetzt und zur Klage über Verletzung des ABC der guten Gesellschaft Veranlassung gegeben. Die Urtheile der diplomatischen Welt werden in diesem Falle noch sehr viel härter lauten, als die Antworten der officiösen Berliner Presse.

Polemischer Waffengänge zwischen den Officialen an der Donau und Spree ist das Publicum zu gewöhnt, um sich durch dieselben in dem Vertrauen auf den Frieden erschüttern zu lassen. Ueberdies ist man in Berlin mit ganz anderen Dingen beschäftigt, als mit der Lectüre der Herzensergießungen des Schreib- und sprechlustigsten aller modernen Staatsmänner. Es sind noch nicht vier Wochen, daß der norddeutsche Reichstag seine Arbeiten wieder aufgenommen hat, und bereits liegt eine Fülle wichtiger Beschlüsse und Verhandlungen vor. Obgleich die Discussion über das neue Gewerbegesetz noch nicht zu Ende ist, und dasselbe sehr zahlreiche und wichtige Abänderungen durch den Reichstag erfahren hat (zu diesen rechnen wir ganz besonders die erhebliche Beschränkung, welche das wesentlich von der Polizei abhängige Concessionswesen erlitten), kann die Annahme desselben nach dem, was in den letzten Tagen bekannt geworden, doch schon als gesichert angesehen werden und ist damit ein erfolgreicher Schritt auf der Bahn jener Thätigkeit weiter gethan worden, welche der neue Bund zum Heil unserer materiellen Interessen seit dem ersten Tage seiner Constituirung betreten hat. Die Wahrheit des Buckle'schen Satzes, daß es die negativen und emancipativen Gesetze, d. h. die Beseitigungen veralteter Schranken der Wohlfahrt seien, welche den raschesten und nachweisbarsten Nutzen trügen, hat sich durch die bisherige Geschichte des norddeutschen Reichstags und seiner gesetzgeberischen Thätigkeit mehr wie ein Mal bestätigt, und auch in diesem Sinne muß die neue Gewerbeordnung als ein wichtiger Act begrüßt werden, der, wenn er richtig benutzt wird, den im Jahre 1866 geschaffenen Verhältnissen zahlreiche neue Freunde erwerben wird. Diese richtige Benutzung wird aber nur möglich sein, wenn die Ausführung des neuen Gesetzes in Händen ruht, welche ein Interesse daran haben, dieselbe gegen die entgegenstehenden Gewalten energisch durchzusetzen. Es kann überhaupt kein neues organisches Gesetz für den norddeutschen Bund gedacht werden, ohne daß wir an die praktischen Motive erinnert werden, aus welchen der viel besprochene Twisten-Münster'sche Antrag auf Einsetzung verantwortlicher Bundesminister herausgewachsen ist.

Merkwürdig genug, daß diese in Wahrheit maßgebendsten Gründe für jenen Antrag bei der Debatte über denselben in den Hintergrund gerückt worden sind. Unstreitig ist es diesem Umstande zuzuschreiben, daß die Verhandlungen vom 16. April sich in einer Kette von Mißverständnissen bewegten, deren Lösung ohne die Gewandtheit Lasfer's vielleicht noch heute auf sich warten ließe. Nimmermehr hätte der Twisten-Münster'sche Antrag eine so reiche Unterstützung aus beinahe allen Fractionen des Hauses erhalten, wenn die Empfindung von der Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Ausführungsorgane minder verbreitet gewesen wäre. Als Lasfer das Wort ergriff, hatte die Dis-

cussion sich bereits so weit von ihrem natürlichen Ausgangspunkt entfernt, war die Frage nach der Stellung des Grafen Bismarck zu den Antragstellern und zu der Majorität des Hauses so sehr zu ihrem Hauptinhalt geworden, daß dem Redner nichts übrig blieb, als den einmal thatsächlich eingeschlagenen Weg weiter zu gehen, und die Consequenz zu ziehen, welche am nächsten lag: daß wenn man einem Ministerpräsidenten Collegen geben will, diese nicht die Aufgabe haben können, die Politik ihres Leiters zu hemmen, sondern daß sie derselben zu erspriesslicher Durchführung verhelfen sollen. Rascher's Deduction hat nicht nur das Verdienst, die bewegte Verhandlung in ihre natürlichen Gleise zurückgeführt zu haben, sie hat zugleich an einen constitutionellen Gedanken gemahnt, der trotz alles fortschrittlichen Eifers für den Parlamentarismus, bei uns eigentlich immer im Winkel gelegen hat. Unsere höchste Regierungsgewalt ist noch nicht von der Nothwendigkeit überzeugt, daß Uebereinstimmung zwischen den Gliedern eines Cabinet's für eine geordnete Regierung ebenso unerläßlich ist, als Uebereinstimmung mit der Majorität der Volksvertretung. Im Grunde genommen liegt die Forderung der Solidarität zwischen Ministern noch näher, als der Anspruch auf deren Uebereinstimmung mit der Majorität. — Daß der Bundesrath dem Reichstagsbeschuß vom 16. April seine Bestätigung geben wird, ist nach dem, was der Kanzler am Schluß der Debatte sagte, wohl nur noch Frage der Zeit.

Der Antrag auf Einsetzung verantwortlicher Fachminister des norddeutschen Bundes ist aber nicht der einzige, der von dem Wachsthum und Expansionsbedürfniß unsres neuen Staats Zeugniß abgelegt hat. Zwei andere Anträge (und wenn wir die Grumbrecht'sche Bill für Unterordnung der Küstenpolizei und des Beleuchtungswesens hinzuzählen — drei) liegen in derselben Richtung vor: die Miquel-Rascher'sche Motion für Ausdehnung der Bundescompetenz auf die Civilgesetzgebung und das Verlangen der königlich sächsischen Staatsregierung nach Begründung eines obersten Bundesgerichtshofes in Leipzig. So wenig zwischen den Antragstellern der einen und der andern Forderung bewußte Interessen- und Ideengemeinschaft angenommen werden kann, beide Anträge stehen nicht nur in materiellem Zusammenhang, sondern sie ruhen auch auf dem Grunde der gemeinsamen, hier ausgesprochenen, dort unausgesprochenen Ueberzeugung, daß die Entwicklung des Werkes vom Jahre 1866 unaufhaltsam ist, und daß die Interessen der Deutschen mächtiger und connexer sind, als alle Parteien.